



**HOTEL DOLDER  
SCHWARZENBACHS ZIELE  
MIT DER NOBELHERBERGE**

SEITE 23

**SHAREHOLDER  
TETTAMANTIS KRITIK  
AN DER UBS-FÜHRUNG**

SEITE 17

**EUROPA I**  
Warum der Widerstand der SVP  
gegen die EU scheitert – Seite 19

**EUROPA II**  
Warum der offizielle Spot für die  
Euro 08 missraten ist – Seite 19

**EUROPA III**  
Wie Ringier über die Schweizer  
Grenzen hinauswuchs – Seite 21

## Die Diktatur des Kapitalismus

*Regimes wie in Singapur zeigen, dass eine boomende Wirtschaft keine Demokratie braucht*

VON PHILIPP LÖPFE

Die Namen der Schweizer Niederlassungen in Singapur decken beinahe das ganze Alphabet ab. Von ABB, Credit Suisse, Danzas über Leica, Nestlé und Roche bis zu Swiss und UBS. Alles was Rang und Namen hat, ist vertreten. Insgesamt sind rund 250 Schweizer Unternehmen in dem südostasiatischen Stadtstaat angesiedelt. Sie beschäftigen etwa 20 000 Mitarbeiter und haben mehr als 16 Milliarden Franken investiert. Jährlich kommen bis zu 4 Milliarden Franken hinzu.

Singapur ist begehrt, es ist eines der «wirtschaftsfreundlichsten Länder der Welt», sagt Patrick Djimedjian von der Aussenwirtschaftsförderung Osec. Der CEO des Schweizer Handelshauses DKSH, Jörg Wölle, schwärmt ebenfalls: «Singapur entwickelt sich super.»

Unbürokratisch, politisch stabil und dem Freihandel verpflichtet: Singapurs Wohlverhalten gegenüber der Wirtschaft zahlt sich aus. Letztes Jahr ist sein Bruttoinlandsprodukt um 7,5 Prozent gewachsen. Dabei haben die rund 4,4 Millionen Einwohner des Stadtstaates bereits heute ein Pro-Kopf-Einkommen mit etwa gleich viel Kaufkraft wie die Deutschen. In dem Stadtstaat scheint alles bestens zu sein, wäre da nicht ein Detail: Singapur kann man nicht als Demokratie bezeichnen. Von 1959 bis 1990 wurde es von seinem Übervater Lee Kuan Yew mit harter Hand regiert, heute ist dessen ältester Sohn Lee Hsien Loong Premierminister.

Die Verfassung von Singapur scheint demokratisch, de facto wird es jedoch von der Einheitspartei People's Action Party beherrscht. Widerspruch kann fatale Folgen haben. Das musste ein gewisser Chia Thye Poh schmerzlich erfahren. Der Oppositionelle soll die Massen aufgewiegelt haben. Darum wurde er ohne Anklage 23 Jahre inhaftiert und später auf die Insel Sentosa verbannt. Der Justiz wird nachgesagt, der Politik treu ergeben zu sein.

An allen grossen Medien ist die Regierung beteiligt – genauso wie an Banken, Bauunternehmen, der Singapur Airlines, der Telekom,



Boomender Stadtstaat  
Singapur: Sein  
Bruttoinlandsprodukt stieg  
2007 um 7,5 Prozent  
FOTO: P. BIALOBRZESKI/LAIF

dem Hafenbetreiber und einem Energiekonzern. Deshalb ist Singapur streng genommen kein kapitalistisches, sondern ein staatskapitalistisches Land. Doch diese Feinheiten kümmern westliche Manager nicht, ihre Bewunderung bleibt ungebrochen. «Vergleichen Sie Singapur mit den Philippinen», sagt Jörg Wölle. «Das ist eine Demokratie, aber das Land kommt nicht vom Fleck.»

**Wie demokratisch sie wirklich sind – wen kümmert das schon?**

Länder wie Singapur kommen vom Fleck und gewinnen derzeit rasant an Ansehen. Es sind keine blutrünstigen Diktaturen wie einst Uganda, keine Folterstaaten wie einst Chile oder Argentinien, und sie sind auch nicht steinzeitlich totalitär wie Nordkorea oder Burma. Sie sind zivilisiert, modern, reich und politisch stabil. Wie demokratisch sie wirklich sind – wen kümmert das schon?

Wir leben in Zeiten, in denen Banken wie die UBS, Citigroup, Morgan Stanley und Merrill Lynch Milliarden spritzen aus Staatsfonds erhalten. In Zeiten, in denen einst stolze Wallstreet- und Paradeplatz-Banker mit dem Hut in der Hand auf Betteltour sind. Das erfordert ein Umdenken: «Was heute auf den Finanzmärkten geschieht, ist ein gewaltiger Schlag für die Glaubwürdigkeit des angelsächsischen Finanzkapitalismus», stellt Martin Wolf, der Chefökonom der «Financial Times», fest.

Nicht nur die Finanzinstitute sind ins Wanken geraten, die An-

zeichen von Schwäche in den westlichen Industriestaaten mehrten sich erschreckend. Inzwischen zweifelt niemand mehr daran, dass die USA in eine Rezession geraten, ja vielleicht schon geraten sind. Diskutiert wird, wie man möglichst rasch wieder auf den Wachstumspfad findet. Auch der europäische Aufschwung ist bereits wieder in Gefahr. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat darauf verzichtet, die Leitzinsen zu erhöhen, obwohl sich die Inflation mit rund drei Prozent über der von ihr geduldeten Marke von zwei Prozent befindet.

Nouriel Roubini, der Ökonom, der die US-Krise korrekt vorausgesehen hat, warnt: «Europa und die EZB hegen die irrtümliche Hoffnung, dass sie sich vor der Wirkung der harten Landung der US-Wirtschaft schützen können. Das Gegenteil wird eintreffen.»

Auch die Prognosen der Weltbank sind, milde ausgedrückt, verhalten. Sie gehen davon aus, dass die Wirtschaft der reichen Industriestaaten im laufenden Jahr um durchschnittlich 2,2 Prozent wachsen wird. Ein mickriger Wert, wenn man ihn mit den Schwellenländern vergleicht. In den aufstrebenden Märkten beträgt das Wachstum gemäss Weltbank durchschnittlich 7,1 Prozent. China übertrifft dabei einmal mehr alle Erwartungen. Der Handelsüberschuss des Reichs ist letztes Jahr auf mehr als 260 Milliarden US-Dollar gestiegen, das Bruttoinlandsprodukt stieg um 11,3 Prozent.

Chinas Wachstum wird so immer unabhängiger vom Westen. Umgekehrt sind die Amerikaner wie Drogensüchtige abhängig geworden von ausländischem Kapital. Das fällt auf ihren Ruf zurück. Zudem hat der Osten noch eine Rechnung mit dem Westen offen. Während der Finanzkrise 1997 und 1998 mussten sich die Asiaten hochtrabende Vorträge über die Schädlichkeit ihrer angeblichen Vetterwirtschaft anhören und harte Sanierungsprogramme des Internationalen Währungsfonds über sich ergehen lassen. Jetzt erfolgt die Retourkutsche. Genüsslich wird den USA vorge-

### ANTWORTEN VOM WEF?

Nach den Milliardenabschreibungen ihrer Banken und einer drohenden Rezession sind die Demokratien des Westens auf das Kapital von undemokratischen Ländern wie Singapur und China angewiesen. Die Debatte um Kapitalismus und Demokratie wird sich am Dienstag fortsetzen, wenn sich die Manager der Welt zum WEF in Davos treffen.

FORTSETZUNG AUF SEITE 16

ANZEIGE

gleitsicht Sehen wie eh und je.  
www.gleitsicht.ch



FORTSETZUNG VON SEITE 15

# Die Diktatur des...

rechnet, dass sie Zweidrittel des weltweiten Sparaufkommens brauchen, um ihre Bilanzen ins Lot zu bringen. Wenn aber ihr wirtschaftliches System, die freie Marktwirtschaft, derart verlottert ist, wie kann dann der politische Zwilling, die Demokratie, noch Vorbild bleiben?

Nicht einmal der Westen glaubt noch daran. In den Achtzigerjahren zeigte Ronald Reagan einen geradezu missionarischen Demokratie-Eifer in der Aussenpolitik. Bis dahin war der ideologische Erzfeind der Amerikaner, die Sowjetunion, von zynischen Realisten wie Henry Kissinger mit einer nüchternen «Containment»-Politik eingedämmt worden. Reagan hingegen begann die Sowjetunion in moralischen Tönen zu verurteilen, sprach vom «Reich des Bösen» und forderte Michail Gorbatschow in pathetischer Weise auf, die Berliner Mauer niederzureissen.

Als diese Mauer sehr zur Verblüffung der Realisten dann tatsächlich fiel, begann sich die US-Aussenpolitik vorübergehend zu ändern. Diktatoren wurden nicht mehr einfach deshalb unterstützt, weil sie für die USA Partei ergriffen. «He's a son of a bitch, but he's our son of a bitch» – «er ist ein Hurensohn, aber er ist unser Hurensohn», lautete die alte Grundregel der Realisten gegenüber «befreundeten» Diktatoren.

Diese machte nun dem Ruf nach «regime change» Platz. Diese Doktrin geht davon aus, dass den amerikanischen Interessen dann am besten gedient ist, wenn eine demokratisch gewählte Regierung an der Macht ist. Doch der Irak-Krieg sorgte für Ernüchterung.

Die US-Soldaten wurden von der Bevölkerung nicht als Befreier mit Blumen empfangen, und die von den Amerikanern eingesetzte Regierung hat keine Demokratie hervorgebracht, sondern anarchistisches Chaos. Die Lust auf Kreuzzüge im Dienste der Demokratie ist nach dem Irak-Debakel vorbei.

Inzwischen kooperiert selbst das coolste Unternehmen der Welt, Google, mit dem undemokratischen Regime von China. Präsident Bush mag, wie gerade diese Woche auf seiner Tournee durch den Mittleren Osten, immer noch das hohe Lied auf die Demokratie singen. In der Realität werden, von Pakistan bis Kenya, wieder Diktatoren geduldet – nach dem alten Motto: «Es sind ja unsere Hurensöhne.»

## «Der Kapitalismus hat die Demokratie verschlungen»

Die grösste Gefahr für die Demokratie entsteht jedoch im westlichen System selbst. «Der Superkapitalismus hat die Politik erfasst und die Demokratie verschlungen», sagt Robert Reich in seinem soeben erschienenen Buch «Superkapitalismus». Reich ist einer der einflussreichsten Wirtschaftswissenschaftlern in den USA und war von 1993 bis 1997 Arbeitsminister unter Bill Clinton. Seine provokante These begründet er wie folgt:

Die ersten 30 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg waren für die westlichen Staaten eine ausserordentlich gute Zeit, es waren die «goldenen 30 Jahre». Diese Ära war geprägt von Vollbeschäftigung und einem breiten Mittelstand, der sich immer mehr leisten konnte. Die Wirtschaft wurde von multinationalen Unternehmen wie General Motors oder Boeing dominiert. Diese Multis arbeiteten mit den Gewerkschaften und den Behörden zusammen. Die soziale Marktwirtschaft war damals nicht besonders wettbewerbsorientiert und auch nicht besonders effizient, dafür aber relativ gerecht.

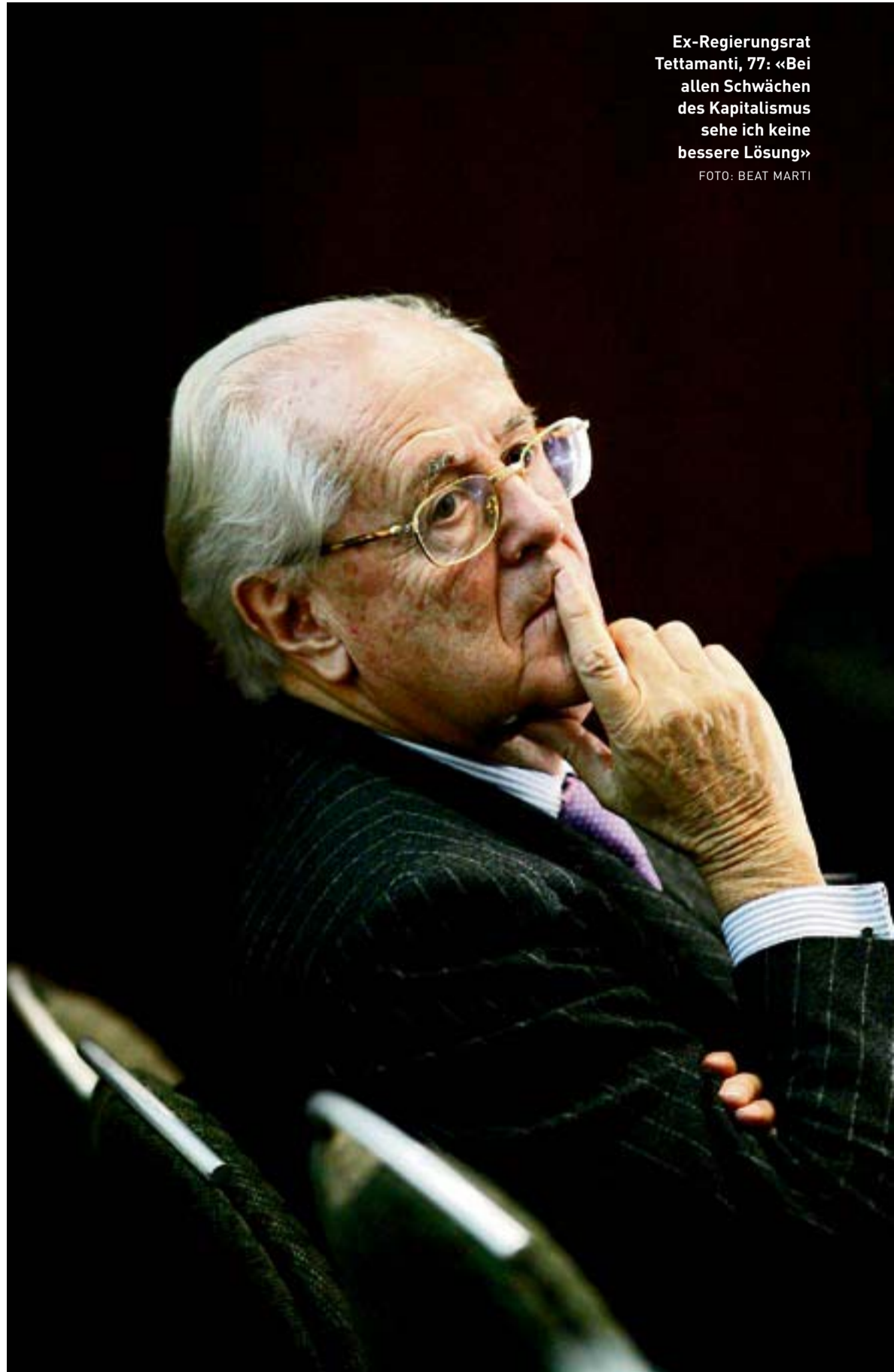
In den Achtzigerjahren begann sich der Charakter des Kapitalismus allmählich zu ändern. Technologischer Fortschritt und die Globalisierung führten zu einer Verschärfung des Wettbewerbs, die Macht der Multis, aber auch der Gewerkschaften, geriet ins Wanken. Gleichzeitig nahm die Macht der Verbraucher und der

Anleger zu. Dank Deregulierung und schärferem Wettbewerb wurden Konsumgüter besser und billiger, dank dem Shareholder-Value-Denken stieg der Wert der Aktien. Gleichzeitig wurden die Unternehmen und die Manager angreifbarer. Konsumenten wechseln seither sofort den Anbieter, wenn Preis oder Qualität nicht stimmen. CEOs werden ebenso prompt gefeuert, wenn der Aktienkurs fällt.

Der verschärfte Wettbewerb hat die Macht der Multis nicht gestärkt, sondern geschwächt. Deshalb ergreifen sie vermehrt Gegenmassnahmen. Die Tonart gegenüber Gewerkschaften und Behörden ist härter geworden, Manager sind nicht mehr verantwortungsbewusste Patrons, die sich um das Wohl ihrer Mitarbeiter kümmern, sondern kostenbewusste Macher, die den Aktienkurs im Blick haben. Immer stärker müssen die Konzerne auch die Politik in ihre Interessen einbinden und heuern zu diesem Zweck Lobbyisten, Anwälte und PR-Experten an. «Das Problem ist das Vordringen des Superkapitalismus in jeden Aspekt der Demokratie: Durch die Vorherrschaft der Lobbyisten, Unternehmensanwälte und PR-Profis im politischen Prozess und durch die Unternehmensgelder, die das System im Alltag durchdringen und es dem Bürger unmöglich machen, sich Gehör zu verschaffen», stellt Reich fest.

Hier schliesst sich der Kreis. In Staaten wie Singapur, China oder Saudiarabien kann sich der Bürger ebenfalls kaum Gehör verschaffen. Das ist auch nicht erwünscht: «Mit wenigen Ausnahmen hat die Demokratie den sich neu entwickelten Ländern keine gute Regierung gebracht», erklärte Singapurs Übervater Lee Kuan Yew bereits Anfang der Neunzigerjahre. Die Konsumenten von Singapur hingegen haben längst zum Westen aufgeschlossen. Bald erhalten sie endlich auch ein Formel-1-Rennen, Casinos und ein Riesenrad.

MITARBEIT: ALEXANDER HÄNTZSCHEL



Ex-Regierungsrat Tettamanti, 77: «Bei allen Schwächen des Kapitalismus sehe ich keine bessere Lösung»  
FOTO: BEAT MARTI

## SECHS MODELLE DES KAPITALISMUS: HEUTE BLÜHT ER GERADE IN JENEN LÄNDERN, IN DENEN DIE DEMOKRATIE

### 1 DIE FREIE MARKTWIRTSCHAFT BEISPIEL USA

**Demokratische Freiheiten:** maximal\*

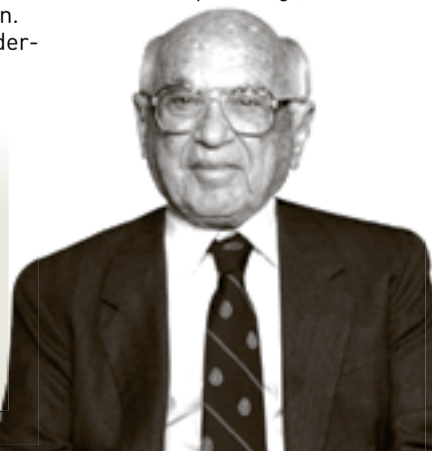
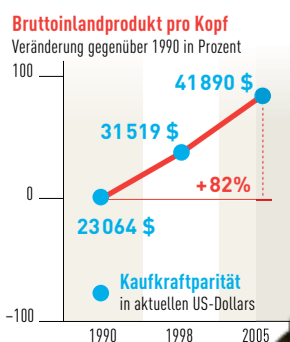
**Durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum 2000–2005:** 2,6 Prozent\*\*

**Der Staat:** Gemäss der liberalen Lehre sorgt der Staat nur für die Marktordnung und hält sich aus dem Wirtschaftsgeschehen heraus. So führen in den USA Private auch Postdienstleister und Fluggesellschaften, Schulen, Spitäler und sogar Gefängnisse. An Stelle des Staates übernahmen im 20. Jahrhundert Konzerne wie General Motors, Ford und IBM die Fürsorge für ihre Angestellten. Die Unternehmen leiden aber in der globalisierten Welt schwer unter diesen Lasten. Und gemäss der Shareholder-

Value-Doktrin sollen sie einzig eine möglichst hohe Wertsteigerung erzielen.

**Die Bürger:** Die amerikanischen Werkstätigen sind frei: Sie können leicht die Arbeitsstelle wechseln oder die Selbstständigkeit wagen – aber sie geniessen auch kaum Schutz. «Hire and fire» führt zu einer ausgeprägten Flexibilität und Mobilität der Arbeitnehmer. Diese nutzen ihre Chancen und zeigen wenig Loyalität mit ihren Unternehmen. Dabei hängen Altersvorsorge und Krankenversicherung weitgehend am Arbeitsplatz.

**Vordenker:** Milton Friedman, 1912–2006, Ökonomieprofessor und Nobelpreisträger



### 2 DER STAAT ALS UNTERNEHMEN: BEISPIEL SINGAPUR

**Demokratische Freiheiten:** mittel bis schwach

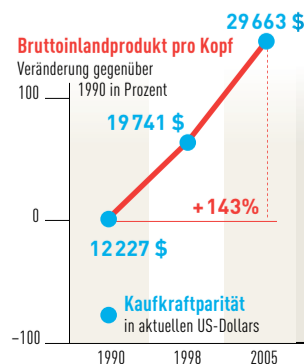
**Durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum 2000–2005:** 4,2 Prozent

**Der Staat:** Der Stadtstaat hat eine hoch entwickelte Marktwirtschaft mit hohem Pro-Kopf-Einkommen. Die Deregulierung ist auf einem der weltweit höchsten Niveaus. Finanzen, Technologie und Biotechnologie bilden die von der Staatsführung festgelegten Schwerpunkte der Wirtschaft, die über kapitalstarke Staatsfonds von der Regierung kontrolliert wird. Trotz demokratischer Verfassung wird der Staat de facto von einer Partei gelenkt – wie ein Unternehmen. Die letzten

beiden Präsidentenwahlen entfielen, weil es nur einen Kandidaten gab.

**Die Bürger:** Die Bevölkerung hat Zugang zu einem hoch entwickelten Bildungssystem aus privaten und staatlichen Schulen, die teilweise in Englisch unterrichten. Das Gesundheitssystem steht auf der Rangliste der WHO vor der Schweiz.

**Vordenker:** Lee Kuan Yew, Premierminister 1959–1990



### 3 DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT BEISPIEL DEUTSCHLAND

**Demokratische Freiheiten:** maximal

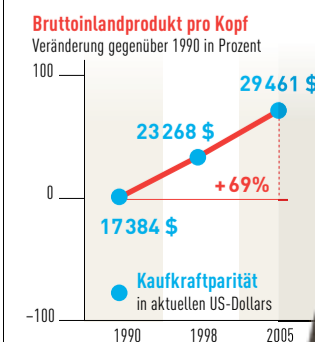
**Durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum 2000–2005:** 0,7 Prozent

**Der Staat:** Bis in die jüngste Zeit bildete Deutschland ein grosses Konglomerat, in dem die Deutsche Bank und die staatlichen Landesbanken die Industrie beherrschten. Die Konzerne gehörten zwar immer Privaten, und die Staatsunternehmen (Bahn, Post, Telekom, Energieversorger) öffnen sich inzwischen dem Publikum. Aber die Arbeitnehmer und damit auch Gewerkschaften und Politik geniessen weiterhin eine starke Stellung dank landesweiten Tarifverträgen und der betrieblichen Mit-

bestimmung, die den Angestellten die Beteiligung in den Aufsichtsräten sichert.

**Die Bürger:** Die deutschen Arbeitnehmer konnten sich bisher darauf verlassen, dass der Staat im Alter, bei Krankheit und bei Arbeitslosigkeit für sie sorgte. Allerdings zahlen sie dafür mit den direkt vom Lohn abgezogenen Steuern und Beiträgen einen hohen Preis. Auch der stark ausgebaute Arbeitnehmerschutz hat seine Kehrseite: hohe Arbeitslosigkeit, mangelnde Mobilität und schwach ausgeprägtes unternehmerisches Denken.

**Vordenker:** Ludwig Erhard, 1897–1977, Wirtschaftsminister und Bundeskanzler



# «Nur die Moral der Kapitalisten kann den Kapitalismus bedrohen»

Financier und Autor TITO TETTAMANTI über die politische Macht der Wirtschaft, die Gefahr von Staatsfonds sowie die Überheblichkeit und Geldgier der UBS-Führung

VON MARKUS SCHÄR

**Herr Tettamanti, in der Schweiz macht sich Unbehagen breit, weil russische Investoren in der Industrie und asiatische Staatsfonds bei der UBS einsteigen. Verstehen Sie diese Gefühle?**

Emotional ja, rational nein. Als die UBS und andere Schweizer Konzerne in der Vergangenheit ausländische Firmen übernahmen, gab es bei uns kein Unbehagen. Die Staatsfonds sind langfristige, anlageorientierte Investoren. Man muss nur aufpassen, dass keine versteckte Verstaatlichung unserer Privatwirtschaft geschieht, wenn es sich um eine echte industrielle Staatsholding handelt.

**Was raten Sie einem verunsicherten UBS-Aktionär?** Leider hat die Führung der UBS, aber auch jene anderer Banken unserem kapitalistischen System einen katastrophalen Dienst erwiesen. Aus Überheblichkeit, Geldgier, Fehlen von Verantwortungsbewusstsein oder sogar Dummheit? Auf jeden Fall drängt sich bei diesen Firmen eine erste Gewissensprüfung auf und massive, strukturelle und personelle Konsequenzen.

**Was machen Sie selber mit Ihren UBS-Aktien?**

Ich bin kein Guru, aber auf dem heutigen Niveau behalte ich sie. Wenn das verlorene Vertrauen allerdings nicht rasch mit konkreten Massnahmen wieder aufgebaut wird, verkaufe ich sie – hoffentlich zu besseren Kursen.

**Ist es dasselbe, ob Sie bei Sulzer eine Position aufbauen oder ob es Viktor Vekselberg tut?**

Herr Vekselberg ist sicher heute für Sulzer nützlicher, weil er Geschäftsmöglichkeiten und Beziehungen in Russland schafft.

**Braucht unsere Wirtschaft Schutz vor solchen Investoren?**

Nein. Die Regeln sind schon da, der Markt muss spielen können. Aber selbstverständlich sollen sich die hiesigen Banken nicht zu Komplizen von Ausländern machen, die sich nicht an die Regeln halten, was ja anscheinend schon vorgekommen ist.

**«Leider hat die Führung der UBS unserem kapitalistischen System einen katastrophalen Dienst erwiesen»**

**Wird es Ihnen denn nicht auch etwas mulmig, wenn autoritär geführte Staaten wie Singapur einen solchen Einfluss auf die wichtigsten Schweizer Unternehmen bekommen?**

Singapur ist ein Kleinstaat, und Kleinstaaten haben keinen Machtanspruch. Zudem sind die Kleinen friedlicher als die Grossen. Ich kenne einige der Institutionen in Singapur. Sie sind ge-

scheit und professionell, sie wollen nur ihr Geld gut anlegen – oft sehr langfristig.

**Privatbankier Konrad Hummler spricht von der Vision, die Schweiz sollte sich zu einem City-State wie Singapur entwickeln.**

Diese Idee hat leider zu wenig Aufmerksamkeit gefunden. Es würde sich lohnen, die Vision ohne Vorurteile näher zu analysieren. Ich glaube, dass wir eine interessante Lösung für unsere Zukunft und auch eine Hilfe für unser Verhältnis mit der EU finden werden. Die Weltoffenheit ist einer der Gründe für unsere gute Konjunkturlage, von der alle profitieren.

**Rührt das gegenwärtige Unbehagen daher, dass wir uns fragen: Ist ein Staat wie Singapur, der wie ein Unternehmen geführt wird, erfolgreicher? Ist unser demokratisches Modell wirklich noch überlegen?**

Kapitalismus ist ein System, um Reichtum zu schaffen, Demokratie ein System, um alle Bürgerinnen und Bürger an der Führung des Staates teilhaben zu lassen. Das sollten wir nicht durcheinander bringen. Ein Staat, in dem der Kapitalismus herrscht, ist nicht notwendigerweise demokratisch – und umgekehrt. **Zu Beginn der Neunzigerjahre stellte Francis Fukuyama allerdings seine berühmte These auf, dass sich das westliche Modell der marktwirtschaftlich-liberalen Demokratie auf der ganzen**

**Welt verbreite. Jetzt sehen wir, dass sich der Kapitalismus offensichtlich durchsetzt, aber dass er nicht überall zu Demokratie, ja nicht einmal zu Marktwirtschaft führt.**

Nur Geduld, die Geschichte liefert uns doch den empirischen Beweis: Wo Wettbewerb und Freiheiten in der Wirtschaft herrschen, kommt es mit der Zeit zu immer mehr Freiheiten auch in der Politik. Das China von heute sieht doch schon anders aus als jenes von Mao.

## UNTERNEHMER UND FINANCIER

Der gebürtige Tessiner Tito Tettamanti, 77, ist Rechtsanwalt, Unternehmer und Financier. Er promovierte 1957 in Bern zum Dr. iur., war Kantonsparlamentarier der CVP im Tessin und sass von 1959 bis 1961 im Regierungsrat seines Heimatkantons. Danach machte der Anwalt ein Vermögen als Financier in Nordamerika und kaufte sich ab 1987 bei Schweizer Unternehmen wie **Saurer, Sulzer** und zuletzt **SIG** ein. Er war bis 2006 Besitzer des **Jean-Frey-Verlags**. Heute wirkt er als Präsident des Vereins für Zivilgesellschaft und schreibt Bücher – unter anderem das «Manifest für eine liberale Gesellschaft» oder «Die sieben Sünden des Kapitals».

**In seinem neuen Buch stellt Robert Reich die Gegenthese zu Fukuyama auf: Kapitalismus führt nicht zu Demokratie, sondern höhlt die Demokratie aus, vor allem weil sich die Konzerne ihre Gesetzgebung kaufen können.**

Das ist, wie bei Fukuyama, eine extreme These, intellektuell faszinierend, aber leider kaum realistisch. Denken Sie nur an den Antitrust-Beschluss der EU gegen Microsoft: Die Idee, die Konzerne könnten die Gesetzgebung kaufen, ist doch ein Witz. Sie versuchen es vielleicht, aber heutzutage fällt es ihnen schwerer als Anfang des letzten Jahrhunderts.

**Auch in der Schweiz klagen Kritiker, reiche Leute könnten Wahlen oder Medien kaufen.** Das ist entweder Ausdruck von politischer Hysterie oder eine Schnapsidee. Es trifft zu, dass manchmal interessierte Beteiligte mehr Geld als andere in Kampagnen investieren können, auch die Gewerkschaften und einige reiche und mächtige NGOs. Aber in einer semidirekten Demokratie mit zumeist gut informierten Bürgerinnen und Bürgern genügt glücklicherweise Geld allein nicht, um dem Volk Ideen aufzudrängen.

**In der Schweiz ist wohl weniger die Demokratie in Gefahr als eher Marktwirtschaft und Freihandel. Was müssen Politik und Wirtschaft unternehmen, um Rückschläge zu vermeiden?** Die Reformen, die wir brauchen, sind bekannt. Den Politikern, die begrifflicherweise wieder gewählt

werden wollen, fehlt aber der Mut, dafür zu kämpfen und die Bevölkerung zu überzeugen, die Reformen am Anfang immer fürchtet. Vielleicht ist die Schmerzgrenze noch nicht erreicht, aber pas-

**«Die Idee, die Konzerne könnten die Gesetzgebung kaufen, ist doch ein Witz»**

sen wir auf: Ein grosser Teil der Wirtschaft kann mit den Füssen stimmen.

**Sie betonen stets, der Kapitalismus sei bei all seinen Mängeln das beste System.**

Ja. Denn die eine Alternative, die kommunistische mit der Nationalisierung der Produktionsmittel, ist Pleite gegangen. Und die andere, der dritte Weg der Sozialdemokratie und gewisser christlich-politischer Strömungen, hat mit einer eher interventionistischen und dirigistischen Politik in den letzten Jahrzehnten Schuldenberge angehäuft und die heutige politische Krise verursacht. Bei allen Schwächen des Kapitalismus sehe ich keine bessere Lösung. **Und auch keine Bedrohung für den Kapitalismus?**

Doch, die Kapitalisten – wenn sie es an der Moral der Verantwortlichkeit, insbesondere gegenüber den Schwächeren, mangeln lassen.

## NOCH IN DEN KINDERSCHUHEN STECKT

\* gemäss Freedom House annual survey of global political rights and civil liberties 2008 \*\* gemäss Weltbank

### 4 DIE KONTROLLIERTE WIRTSCHAFT BEISPIEL RUSSLAND

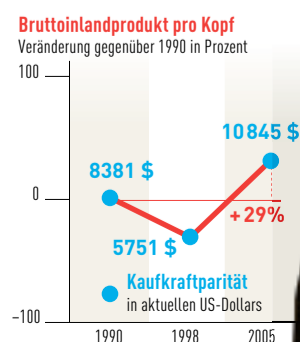
**Demokratische Freiheiten:** schwach

Rechtssicherheit, Korruption, Bürokratie, ein schwaches Bankensystem und Eingriffe des Staates ein freies Unternehmertum.

**Durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum 2000–2005:** 6,2 Prozent

**Die Bürger:** Eigentlich verspricht die russische Verfassung allen Bürgern medizinische Betreuung und eine Rente. Tatsächlich verschlechtert sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung seit dem Ende der Sowjetunion kontinuierlich. Die Lebenserwartung der Männer beträgt heute 59 Jahre. Ein Fünftel der Bevölkerung lebte 2002 unter der Armutsgrenze. Die Renten reichen kaum zum Überleben.

**Vordenker:** Wladimir Putin, \*1952, amtierender Präsident



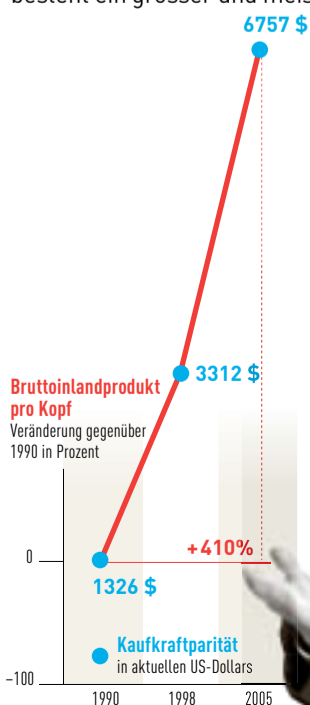
### 5 DER STAATSKAPITALISMUS: BEISPIEL CHINA

**Demokratische Freiheiten:** minimal

unrentabler staatlicher Sektor, den staatliche Banken stützen müssen. Oft entscheidet die Nähe zum Parteikader über wirtschaftlichen Erfolg. Deshalb spricht man auch vom «Kaderkapitalismus». Die grössten Probleme sind die Umweltzerstörung, der Rohstoffmangel und das Altern der Bevölkerung.

**Durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum 2000–2005:** 9,6 Prozent

**Der Staat:** Seit der Abkehr von der Zentralplanwirtschaft hat China seine Wirtschaftsleistung verzehnfacht. Noch immer besteht ein grosser und meist



### 6 DIE ÖLWIRTSCHAFT BEISPIEL SAUDIARABIEN

**Demokratische Freiheiten:** minimal

tum und fehlendes Grundwasser sind die Probleme der Zukunft.

**Durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum 2000–2005:** 4,2 Prozent

**Der Staat:** Die Dynastie der Saudi beherrscht den Staat in monarchischer Erbfolge. Das Königshaus kontrolliert alle wichtigen Wirtschaftsaktivitäten, insbesondere das Ölgeschäft, das 75 Prozent des Staatshaushaltes und 90 Prozent der Exporte ausmacht. Im Königreich liegt ein Viertel der nachgewiesenen Ölreserven weltweit. Mit den Rekorderlösen aus dem Export versuchen die Saudi, eine moderne Wirtschaft aufzubauen und so die Abhängigkeit vom Ölpreis zu mindern – bisher ohne Erfolg. Starkes Bevölkerungswach-

**Die Bürger:** Die rechtliche und die soziale Absicherung haben grundsätzlich die Familie und das männliche Familienoberhaupt sicherzustellen. Die Wahhabiten, fundamentalistische Islamisten, haben einen prägenden Einfluss auf die Gesellschaft. Es gibt keine Trennung von Kirche und Staat. Zementiert wird dieses Regime durch die Scharia, die als Straf- und teilweise auch als Zivilgesetz dient. Das fehlende Arbeitsrecht spüren in erster Linie die Ausländer, die 35 Prozent der arbeitenden Bevölkerung stellen.

**Vordenker:** Faisal bin Abdul Aziz, 1906–1975, König und Mitbegründer des Erdölkartells Opec

